
GRÜN WIRKT!

Unsere Ideen und Ausblicke



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Grüne Fraktion Karlsruhe



VORWORT

Liebe Karlsruherinnen und Karlsruher,

Karlsruhe verändert sich: die hier lebenden und arbeitenden Menschen, die Wirtschaftsstrukturen, die Verkehrswege, die sozialen Einrichtungen ebenso wie das Sport-, Kultur- und Bildungsangebot. Daraus ergeben sich viele Chancen, aber auch manche Schwierigkeiten müssen bewältigt werden. Karlsruhe so zu gestalten, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich heute und zukünftig hier wohl fühlen und gesund leben können, ist ein Herzensanliegen der Grünen Gemeinderatsfraktion.

Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren viele Entscheidungen mit teils weitreichenden Folgen getroffen. Viele Impulse für die Weiterentwicklung von Karlsruhe gehen auf Initiativen der Grünen Gemeinderatsfraktion zurück. Mit dieser Broschüre ziehen wir anhand einiger Beispiele Bilanz unserer Arbeit seit der letzten Kommunalwahl. Wir wollen Ihnen einen Einblick in unsere Schwerpunkte, unsere Erfolge und unsere weiteren Ziele geben, aber auch das ansprechen, was wir noch nicht erreichen konnten. Über allem steht unser Grundsatz: „Karlsruhe Grüner machen. Gemeinsam für eine lebenswerte Stadt.“ Begleiten Sie uns dabei, mit Ihren Ideen, Ihrem Engagement, Ihren Anregungen und Ihrer Kritik.

Ihre
Dr. Ute Leidig
Johannes Honné
Fraktionsvorsitzende



INHALT

Vorwort	02
Impressum	03
Wohnraum	04
Verkehr	06
Umweltschutz	08
Naturschutz	10
Tierschutz	12
Bildung	14
Sport	16
Soziales	18
Arbeitsförderung	20
Wirtschaftsförderung	22
Kultur	24
Karlsruhe für alle	26

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gemeinderatsfraktion

📍 Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe
☎ 0721 / 291 55
🏠 www.gruene-fraktion-ka.de
✉ gruene@fraktion.karlsruhe.de

Redaktion: Karin Wolff,
Grüne Gemeinderatsfraktion Karlsruhe
Gestaltung: www.christineroseweber.de

Urhebernachweise:
*Portraitfotos Gemeinderät*innen:* Roland Fränkle, PIA Stadt Karlsruhe
Titelbild: pixabay.de | S.2-4: Renate Rastätter | S. 5: Lüthin, Bezirksverband der Gartenfreunde Karlsruhe e.V. | S. 6: Andrea Fabry, Presse.Karlsruhe.de | S. 7: pixabay.de | S. 8: UNVERPACKT, Karlsruhe | S. 9: Christine Weber | S. 10: pixabay.de | S. 11: Rainer Deible, Presse.Karlsruhe.de | S. 12: pixabay.de | S. 13: pixabay.de | S. 14: Eva Studinger | S. 15: pixabay.de | S. 16: Schul- und Sportamt Karlsruhe | S. 17: pixabay.de | S. 20: HWK gGmbH | S. 21: pixabay.de | S. 22: pixabay.de | S. 23: EcoGood.org | S. 24: Michael Borner | S. 25: Dr. Ute Leidig | S. 26: pixabay.de | S. 27: pixabay.de | *Rückseite:* Christine Weber

Druck: Druckwerkstatt Renchen, gedruckt auf FSC-Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft, Dezember 2017



GRÜNE WOHNRAUMPOLITIK: INNENENTWICKLUNG UND SOZIALE WOHNRAUMFÖRDERUNG

Nicht nur für Familien und Menschen mit geringem Einkommen müssen wir dringend bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Gleichzeitig wollen wir so viele Freiflächen wie möglich erhalten, um Karlsruhe als lebenswerte Stadt zu bewahren. Wir setzen daher bei der Wohnraumschaffung auf Innenentwicklung und behutsame Erweiterung bestehender Wohngebiete. Durch soziale Wohnraumförderung wollen wir Anreize schaffen, damit mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.

Wohnungsbau durch Innenentwicklung ermöglichen

In Karlsruhe gibt es etliche Baulücken, nicht ausreichend genutzte Grundstücke sowie Flächen mit leerstehenden Gebäuden. Diese Flächenreserven im Innenbereich müssen maßvoll, aber effizient genutzt werden. Die Grüne Fraktion hat daher beantragt, dass diese Innenentwicklungspotenziale systematisch erfasst und analysiert werden. Auch die Weiterentwicklung des Baulandkatasters, das Bauinteressierten Informationen zu unbebauten Grundstücken verfügbar macht, haben wir

vorangetrieben: Es wurden weitere Bauflächen veröffentlicht und die Präsentation des Katasters im Internet verbessert.

Wohnungsbau durch innovative Ansätze voranbringen

Um trotz knapper Flächen Wohnraum zu schaffen, sind innovative Ideen gefragt. Mit dem von mehreren Fraktionen angeregten Modellprojekt „Wohnbebauung über Parkplatz“ soll versucht werden, große Parkplätze, z.B. des Einzelhandels, mit Geschosswohnungen zu überbauen.

Durch unsere Anfrage, wie verwahrloste Immobilien saniert und für den Wohnungsmarkt reaktiviert werden können, wurde die Verwaltung für das Thema sensibilisiert.

Außerdem haben wir erreicht, dass die Stadtverwaltung zusammen mit den Karlsruher Bürgervereinen und Ortsverwaltungen Immobilienleerstände erheben wird. Anschließend werden die Eigentümer*innen der betroffenen Immobilien über die Fördermöglichkeiten durch Land und Stadt zur Aktivierung von Wohnraum informiert und zur Sanierung oder dem Verkauf angeregt. So können leer stehende Häuser zukünftig wieder einer Nutzung zugeführt werden.

Neue Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan

Im Entwurf des Flächennutzungsplans 2030 sollten in Karlsruhe 85 ha neue Flächen für Wohnungsbau ausgewiesen werden, teils durch deutliche Eingriffe in heutige Freiflächen. Wir haben den Arrondierungen bestehender Wohngebiete zugestimmt, aber das Bauen auf der „grünen Wiese“ abgelehnt, weil wir die Freiflächen um die Siedlungsgebiete herum erhalten wollen. Auch bei drei Kleingartengeländen, die von der Mehrheit des Gemeinderats zur Bebauung freigegeben wurden, haben wir dagegen gestimmt. Nach großem Protest in der Bevölkerung schwenkten die anderen Fraktionen bei der Schlussabstimmung dann doch auf unsere Linie ein.



Um Wohnraum zu gewinnen und Verkehrsflächen optimal zu nutzen, wollen wir stattdessen bei Neubauten möglichst hohe Gebäude zulassen, soweit das für die Umgebung verträglich ist.

Mehr Vielfalt in der Wohnraumförderung

Trotz hohem Druck auf den Wohnungsmarkt darf es nicht nur darum gehen, so schnell und so günstig wie möglich zu bauen. Denn Wohnraumentwicklung ist wesentlicher Bestandteil der Stadtentwicklung. Und eine dauerhaft gesunde Stadt benötigt lebendige, durchmischte Quartiere. Gemeinsam mit Bettina Lisbach, Grüne Landtagsabgeordnete, konnten wir einen wichtigen Impuls setzen, der Wohnraumförderung in Karlsruhe mit neuen Ideen zu begegnen: In einer öffentlichen Veranstaltung diskutierten wir mit Expert*innen und Interessierten, wie anhand von „Grundstücksvergabe nach Konzept“ Vielfalt, Innovation und soziales Miteinander in den städtischen Quartieren gefördert werden kann. Jetzt gilt es, diese Diskussion fortzuführen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um lebendige Quartiere zu schaffen.

Das GRÜNE Ziel: Mehr bezahlbare Wohnungen

Mit den von uns mit angestoßenen städtischen Programmen KAI (Karlsruher Innenentwicklungskonzept für mehr günstigen Wohnraum) und KAWOF (Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm zur Förderung von Sozialwohnungen) können in den nächsten Jahren etliche neue, darunter auch günstige, Wohnungen gebaut werden. Wir werden sehr genau im Auge behalten, ob so ausreichend bezahlbarer Wohnraum entsteht oder noch nachgesteuert werden muss.



Dr. Ute Leidig



Johannes Honné



GRÜNE FÜR EINE ZEITGEMÄSSE KARLSRUHER VERKEHRSPOLITIK

Bessere Luft, weniger Lärm, weniger Unfälle und mehr Platz für die Menschen sind uns wichtig. Dazu wollen wir die umweltgerechte Mobilität stärken, also das Zu-Fuß-Gehen, Radfahren und den öffentlichen Verkehr.

Autofahren ist in Karlsruhe nur in wenigen Fällen alternativlos.

Viele unserer Initiativen wurden im Gemeinderat abgelehnt.

Das zeigt, dass die anderen Fraktionen hier weit hinterher sind und wie wichtig eine starke Grüne Fraktion in Karlsruhe ist.

Südliche Waldstraße nur für Fuß- und Radverkehr

Die zentrale Fußgängerzone sollte ausgeweitet werden. Als ersten naheliegenden Schritt haben wir zusammen mit der SPD beantragt, den Autoverkehr aus der südlichen Waldstraße zu nehmen. Das würde dem Fuß- und Radverkehr auf dieser zentralen Strecke sehr helfen. Aber auch die Geschäfte, die bisher hinter den geparkten Autos kaum sichtbar sind, könnten aufblühen. Weil es absehbar im Gemeinderat keine Mehrheit

gab, haben wir das Thema in den Planungsausschuss verwiesen und hoffen auf fachliche Unterstützung aus dem städtischen Planungsamt.

Südumfahrung Hagsfeld in der „kleinen Variante“ verwirklichen

Auf der Trasse der vormals geplanten Nordtangente ist eine Südumfahrung Hagsfeld geplant. Wir haben uns der Forderung nach einer Südumfahrung Hagsfeld angeschlossen, um die an den Durchgangsstraßen Wohnenden zu

entlasten. Um jedoch keinen zusätzlichen Verkehr anzuziehen, wollen wir nur eine „kleine“ Variante verwirklichen: mit ebenerdiger Anbindung an die Haid-und-Neu-Straße und ohne einen geplanten Riesenkreisel am Ostende.

Die Mehrheit des Gemeinderats will die „große“ Lösung mit Unterfahrung der Haid-und-Neu-Straße und dafür nötiger Verlegung der Straßenbahngleise und Kosten von 65 Mio. Euro. Wir haben die begründete Hoffnung, dass sich in der Planfeststellung unsere Variante durchsetzt, weil die große Lösung nicht bezahlbar ist.

Förderung des Radverkehrs

Karlsruhe fördert den Radverkehr in vielen Bereichen. Die Belohnung ist der bundesweit zweite Platz im Fahrradklimaindex des ADFC. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. In vielen Einzelinitiativen haben wir uns deshalb der Fahrradförderung angenommen. Wir konnten etwa erreichen, die Brunnenstraße für den Radverkehr zu öffnen. Unser Haushaltsantrag für mehr Geld für den Radroutenbau wurde dagegen leider abgelehnt.

Immer wieder betonen wir, dass mehr Fahrradstände für das Abstellen von Fahrrädern dringend nötig sind. Am Hauptbahnhof ist die Lage weiterhin nicht zufriedenstellend. Generell werden auch zu wenige Fahrrad-Parkplätze überdacht. Wir bleiben am Ball. Immerhin wurden auf unsere konsequenten Nachfragen hin am Staatstheater etliche Fahrradstände neu eingerichtet. Von der Stadt finanzierte Lastenräder werden durch „Lastenkarle“ kostenlos verliehen.



Förderung des Fußverkehrs

Fußgänger*innen sind die schwächsten Verkehrsteilnehmenden und müssen daher besonders geschützt werden. Durch unseren Antrag für einen Aktionsplan „Kindersicherheit im Verkehr“ wollten wir Verbesserungen erreichen. Unsere Beispiele waren: Weniger Sichthindernisse in Kreuzungen und geringere Auto-Geschwindigkeiten. Die Verwaltung hielt zwar einen speziellen Aktionsplan für Kinder für entbehrlich, aber sie hat zumindest zugesagt, das Unfallgeschehen zu prüfen, um die Unfallzahlen zu senken. Der wichtigste Aspekt beim Fußverkehr ist das Parken auf Gehwegen, das weiterhin geduldet wird, solange 1,20 m Restbreite frei bleibt. Diese Praxis ist gesetzeswidrig und ungerecht. Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt an einem Landesprogramm „Fußverkehrs-Check“ beteiligt. Dabei wurden in Durlach wichtige Erkenntnisse gesammelt. Ihre Umsetzung scheitert derzeit an fehlendem städtischen Personal.

Das GRÜNE Ziel: Stadtverträgliche Mobilität fördern

Die angekündigte und mehrfach verschobene Untersagung des Gehwegparkens muss endlich umgesetzt werden. Das hilft in der gesamten Stadt, endlich die Gehwege ihrem Zweck entsprechend nutzen zu können. Mehr Personal für den Fuß- und Radverkehr im Planungs- und im Tiefbauamt ist notwendig.

Die Unzuverlässigkeit der Stadtbahnen ist immer noch problematisch. Es dürfen nicht mehr so viele Bahnen ausfallen. Und wenn dies doch passiert, dann sollte es auf den Anzeigen auch korrekt angezeigt werden, damit die Wartenden sich Alternativen suchen können. An festen Parkplätzen für CarSharing arbeitet die Stadtverwaltung.



Johannes Honné



István Pinter

GRÜNE FÖRDERN DEN UMWELTSCHUTZ VOR ORT

Wir Grüne setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt ein. Der Klimawandel, der exzessive Verbrauch endlicher Ressourcen und die Verschmutzung der Natur sind kaum oder gar nicht revidierbar. Ihre Auswirkungen sind in unserer Region bereits bemerkbar, etwa durch extreme Hitze im Sommer. Deshalb setzen wir uns nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ für ein möglichst natürliches Lebensumfeld in Karlsruhe ein.

Strategie gegen die Flut der Einwegbehältnisse

Einwegbehälter sind „in“. Auch in Karlsruhe bieten immer mehr Betriebe „Coffee-to-go“ an und es ist zunehmend Mode, Essen in Einwegbehältnissen zu kaufen. Die Herstellung der Behältnisse verbraucht gewaltige Ressourcen und das Material wird nach wenigen Minuten der Nutzung zu Müll.

Wir haben durch einen Antrag erreicht, dass die Stadt gemeinsam mit allen betroffenen Akteur*innen Maßnahmen gegen die Müllflut

entwickelt. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit Lösungsansätze, wie etwa einen Mehrweg-„Fächer-Becher“. Auch wird rechtlich geklärt, wie mitgebrachte Behältnisse in Geschäften und der Gastronomie verwendet werden können, ohne gegen Hygienevorschriften zu verstoßen. Außerdem haben wir uns in den vergangenen Jahren mehrfach mit Nachdruck gegen die Ausgabe von Einwegplastiktüten in Karlsruhe eingesetzt. Mit Erfolg – inzwischen hat deren Zahl deutlich abgenommen.

Bäume in der Stadt schützen

Wir wollen ein begrüntes Karlsruhe mit noch mehr Bäumen. Ihre großen Wurzeln geraten aber häufig in Konflikt mit dem Verlegen von Leitungen, Rohren und Kanälen im Untergrund. Nicht selten werden Bäume deswegen gefällt. Mit einem Antrag haben wir uns für ein nachhaltiges Konzept der Bauleitplanung stark gemacht, das von vorne herein ein Miteinander von Bäumen und unterirdischen Verlegungen regelt. Zukünftig werden damit möglichst viele Standorte für Bäume entstehen.

Ökostrom für städtische Liegenschaften

Über viele Jahre haben wir Grüne mit Haushaltsanträgen und Initiativen darauf hingewirkt, dass die Stadt Karlsruhe für ihre Liegenschaften Ökostrom bezieht. Seit 2015 setzt die Stadt nun für ihre rund 950 Gebäude und Liegenschaften, die Straßenbeleuchtung, das Klärwerk und die Straßenbahnen auf Strom aus 100% erneuerbaren Energien. Dieser Strom ist nach dem ok-Power-Label zertifiziert und erfüllt hohe Anforderungen an Umweltschutz und Klimafreundlichkeit.

Recyclingpapier für Verwaltung und Schulen

Für die Herstellung von Papier werden nicht nur gigantische Massen an Holz benötigt, sondern auch sehr viel Energie eingesetzt und Wasser verschmutzt. Um unsere natürlichen Ressourcen zu schonen, fordern wir, mit möglichst wenig Papier auszukommen. Wo es trotzdem nötig ist, soll Recyclingpapier verwendet werden. In der Stadtverwaltung und in Schulen wird sehr viel Papier verbraucht. Während manche deutsche Städte ihren Papierbedarf für die Verwaltung und Schulen bereits fast vollständig durch Recyclingpapier decken, bewegt sich dieser Anteil in Karlsruhe noch immer deutlich unter 50 %. Durch mehrfache Initiativen konnten wir erreichen, dass die Verwaltung nun den Einsatz von Recyclingpapier massiv voranbringen möchte. Aber noch besser ist es, Papier ganz bewusst zu verwenden: Viele Unterlagen der Verwaltung könnten auch nur elektronisch versandt werden.



Das GRÜNE Ziel: Umweltschutz schafft Lebensqualität

Um das Klima zu schützen, müssen wir jetzt die Weichen stellen – sonst sind der Klimawandel und seine verheerenden Folgen unumkehrbar. Karlsruhe hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein, kommt damit aber nur langsam voran. Wir wollen daher ambitioniertere Zwischenziele etablieren, damit Karlsruhe dieses Ziel nicht verfehlt. Als lokaler Energieversorger müssen die Stadtwerke ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Wir wollen sie bei diesem Weg begleiten. Auch beim Lärmschutz und bei der Luftqualität an großen Straßen werden die Grenzwerte an vielen Stellen nur knapp eingehalten. Weniger Autoverkehr würde in beiden Bereichen zu einer deutlichen Entlastung führen und damit die Lebensqualität vieler Menschen erheblich steigern.



Zoe Mayer



Johannes Hübner

DIE GRÜNE STADT: BIOLOGISCHE VIELFALT ERHALTEN

Karlsruhe ist eine Stadt mit vielen unterschiedlichen Naturräumen von den Rheinauen bis zu den Vorbergen des Schwarzwalds. Ihr Schutz ist ein wichtiges Ziel für uns Grüne. Naturschutzmaßnahmen stärken die Artenvielfalt und bereichern die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Wir setzen uns für ein Biotopverbundsystem aus Schutzgebieten und extensiv gepflegten Grünflächen ein. Grünflächen, wie z.B. Kleingärten, dürfen nicht bebaut werden.



Insekten schützen – Masterplan für Artenvielfalt

In den letzten Jahren hat der Verlust an Bestäuberinsekten, wie Honigbienen, Wildbienen, Hummeln und Schmetterlingen dramatische Ausmaße angenommen. Als Folge sterben auch die Vögel, die sich von Insekten ernähren. Wir haben beantragt, dass die Stadt einen Masterplan erstellt, in dem alle Maßnahmen für die Sicherung der Artenvielfalt zusammen geführt werden. Grünflächen mit Blumenwiesen sollen ausgeweitet werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe sollen für einen Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden und für eine ökologischere Bewirtschaftung gewonnen werden. Die Stadtverwaltung hat unseren Antrag mit dem Vorbehalt angenommen, dass dafür mehr Geld notwendig ist. Im nächsten Haushalt werden wir die dazu notwendigen Mittel beantragen.

Hochwasserschutz möglichst naturnah gestalten

Aufgrund des Klimawandels wird es künftig mehr Hochwasser am Rhein geben. Der Ausbau des Hochwasserschutzes ist deshalb für Menschen und Natur unverzichtbar. Wir haben einige Verbesserungen bei der Polder-Planung erreicht. Um möglichst wenig in die Landschaft einzugreifen, setzen wir uns dafür ein, dass auf eine Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee und auf die rund vier Meter hohen Spundwände um den Parkplatz beim Rheinstrandbad verzichtet wird.



Maßnahmen gegen das Schilfsterben am Knielinger See

Schilfröhrichte bieten Lebensräume für eine Vielzahl von spezialisierten Tier- und Pflanzenarten. Durch eine Anfrage zu den Ursachen für den starken Rückgang des Schilfs am Knielinger See haben wir erreicht, dass die Stadtverwaltung eine Studie dazu erstellen lässt. Sie wird zudem prüfen, wie der Uferbereich des Naturschutzgebiets besser geschützt werden kann, etwa indem die Bootsanlegeplätze verringert werden.

Pestizideinsatz auf städtischen Grünflächen

Wir Grüne haben beantragt, dass auf städtischen Grünflächen und im Wald keine glyphosathaltigen Pestizide eingesetzt werden. Erfreulicherweise ist dies – bis auf wenige Ausnahmen – inzwischen erfolgt. Allerdings gibt es noch keine ausreichenden Lösungen für das Problem, dass schnell wachsende Neophyten, wie die spätblühende Traubekirsche, im Forst eine Verjüngung des naturnahen und standortgerechten Waldes erschweren. Auf unsere Bitte wurde die Problematik im Detail im städtischen Umweltausschuss beraten. Weitere Lösungsstrategien müssen entwickelt und zur Diskussion gestellt werden.

Das GRÜNE Ziel: Weitere Landschaftsschutz- gebiete und flächenhafte Naturdenkmale ausweisen

Wir setzen uns für die Ausweisung weiterer Landschaftsschutzgebiete und flächenhafter Naturdenkmale in Karlsruhe ein. Dazu gehören die Schutzgebietsverfahren „Eisenhafengrund-Grünberg“ und die Erweiterung des Landschaftsschutzgebiets Oberwald-Rissnert sowie eine Reihe von flächenhaften Naturdenkmälern, etwa in Neureut. Wir Grüne sehen mit der Ausweisung dieser wertvollen Naturflächen eine Chance, auch in Großstadt-Nähe wertvolle Biotope zu sichern. Dadurch können sie auch künftig als attraktive Naherholungsgebiete für unsere Bürger*innen erhalten bleiben.



Renate Rastätter



Johannes Honnig



GRÜNE BRINGEN DEN TIERSCHUTZ IN KARLSRUHE VORAN

Neben den über 300.000 menschlichen Einwohner*innen leben in Karlsruhe auch zahlreiche Tiere: Heimtiere, Zootiere und Wildtiere. Uns Grünen ist es wichtig, diesen Tieren in unserer Stadt einen möglichst artgerechten Lebensraum zu bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere in menschlicher Obhut möglichst tiergerecht gehalten werden. Hier haben wir auch eine Verbesserung der Haltungsbedingungen im Karlsruher Zoo im Blick.

Zirkus und Mess' ohne Tierquälerei

Wir Grüne setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, dass Zirkusse in Karlsruhe nicht gastieren dürfen, die Wildtierarten mit anspruchsvollen Haltungsanforderungen mit sich führen. Aus Tierschutzsicht sind die Bedingungen in mobilen Zirkusunternehmen vor allem für Elefanten, Seelöwen und viele weitere Arten absolut inakzeptabel. Viele Wildtierarten benötigen ganz spezielle Bedingungen, um sich artgerecht entwickeln zu können. Da diese Bedingungen in

Zirkussen nicht realisiert werden können, sollten Zirkusse nicht unterstützt werden, die solche Wildtiere halten.

Auch auf Jahrmärkten wie der Karlsruher Mess' wollen wir Attraktionen mit lebendigen Tieren wie Pony-Reitbahnen zum Schutz der Tiere nicht mehr gestatten.

Eine Mehrheit im Gemeinderat lehnt diese Tierschutzziele bislang wegen angeblich fehlender Rechtsgrundlage ab. Wir schätzen dies anders ein; ebenso wie viele Kommunen in ganz Deutschland,

die schon längst ein Wildtierversbot in Zirkussen auf städtischen Flächen beschlossen haben.

Vernetzung im Tierschutz

In Karlsruhe sind viele ehrenamtliche Organisationen für den Tierschutz aktiv. Sie kümmern sich um das Wohl verwilderter Katzen, von Stadttauben und vieler anderer in der Stadt lebender Tiere. Um dieses große Engagement von städtischer Seite zu unterstützen, wurde auf Grüne Initiative der „Runde Tisch Tierschutz“ in Karlsruhe eingeführt. Hier können Organisationen ihre Anliegen an die Stadt herantragen, Beratung erhalten und sich untereinander vernetzen. So kann vielen Tieren effektiver geholfen werden.

Tierschutz und Ernährung

Ernährung, Tierschutz, Klimaschutz und Biodiversität hängen miteinander zusammen. Wir konnten erreichen, dass die Umweltbildung der Stadt das Bewusstsein für diese Zusammenhänge stärker fördern wird.

Viele Menschen entscheiden sich heute für eine vegetarische oder vegane Ernährung, auch aus Gründen des Tier- und Klimaschutzes und der Gesundheit. Um diese bewusste Lebenshaltung zu unterstützen, haben wir beantragt, dass in öffentlichen Kantinen und Schulkantinen täglich auch vegetarische und vegane Speisen angeboten werden.

Derzeit wird in den Schulkantinen jeden Tag ein vegetarisches Gericht angeboten und es gibt in der Woche zweimal Fleisch und einmal Fisch. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch Veganer*innen in den Mensen jeder Einrichtung ein vollwertiges Mittagessen bekommen.



Sichere Hundenausläufflächen

In Karlsruhe sind derzeit knapp 15.000 Hunde gemeldet.

Hundehalter*innen zahlen zwar Steuern für ihre Haustiere, bekommen aber in der Stadt oft wenig geboten. Vielfach fehlt es an Ausläufflächen, insbesondere an wirklich sicheren Flächen für Hunde. Dem Vorbild vieler anderer Kommunen folgend, haben wir daher die Einrichtung einer umzäunten Hundefläche als sichere Auslaufmöglichkeit gefordert. Mit Erfolg: Falls ehrenamtliche Beteiligung für die Betreuung einer umzäunten Fläche organisiert werden kann, wird dieses Anliegen in Karlsruhe zukünftig umgesetzt.

Das GRÜNE Ziel: Strukturen im Tierschutz ausbauen

In den kommenden Jahren stehen in Karlsruhe viele wichtige Entscheidungen für das Tierwohl an. Dazu gehört der Umbau des Karlsruher Zoos, bei dem ein maximaler Tierschutz für uns Grüne oberste Priorität hat.

Uns ist es wichtig, den ehrenamtlichen Organisationen für den Tierschutz in Karlsruhe die notwendige finanzielle Unterstützung für die Pflege verwilderter und kranker Haustiere zukommen zu lassen. Dafür wollen wir den Tierschutzfonds ausreichend aufstocken, der auf Initiative der Grünen eingerichtet wurde.

Auch die Karlsruher Partnerstädte wollen wir im Tierschutz voranbringen. So konnten wir durch Kooperation mit der rumänischen Stadt Temeswar bereits ein Tötungsverbot für die dortigen Streunerhunde erreichen.



Michael Bornet



Zoe Mayer

GRÜNE STEHEN FÜR SOZIALE BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Als kommunale Schulträgerin hat die Stadt die Aufgabe, die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Vielseitige Bildungsangebote sind außerdem ein wichtiger Standortfaktor. Für uns Grüne sind gute Ganztagschulen und Kindertagesstätten, Inklusion, kulturelle und sportliche Bildungsangebote sowie zeitgemäße Schulräume wichtig.

Ganztagschulen als Lern- und Lebensraum ausgestalten

Wir Grüne setzen uns für die pädagogische Qualität der Ganztagschulen ein. Die derzeitigen Mischklassen von Halbtags- und Ganztagskindern verhindern ein durchgängiges pädagogisches Konzept mit kindgerechten Phasen der Anspannung und Entspannung, intensiven Lernphasen und Freizeitangeboten.

Wir haben eine stadtteilbezogene Planung beantragt, damit die Eltern wohnortnah zwischen einer Ganztagschule, einer Halbtagschule mit Betreuung oder einer reinen Halbtagschule wählen können. Die Stadtverwaltung handelt jetzt: Als erster Schritt wird ein städtisches Forum mit allen Beteiligten, Eltern, Schulen, Schulbeirat und Schulverwaltung, durchgeführt.



Eltern entlasten – Kitagebühren schrittweise verringern

Kindertagesstätten sind wichtige Bildungseinrichtungen für Kinder und tragen zu gerechten Bildungschancen bei. Zukunftsziel der Grünen sind daher kostenfreie Kitas. Diesem Ziel wollen wir uns schrittweise annähern, indem wir die finanziellen Beiträge der Eltern nach und nach verringern und die Stadt die entstehende Differenz ausgleicht. Dementsprechend haben wir gegen die letzte Erhöhung der Kitabeiträge gestimmt, aber leider noch keine Mehrheit bekommen.

Gesunde Mittagsverpflegung in Schulen und Kitas

Wir Grüne setzen uns für ein gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen ein. Vorwiegend sollen regionale und saisonale Produkte in Bioqualität verwendet werden. Wir haben erreicht, dass ab Herbst 2018 das Mittagessen an allen Schulen und Kitas einen Bioanteil von mindestens 25 % enthalten wird.

Durch unsere Initiative werden Schulen, die sich am EU-Schulobst- und Gemüseprogramm beteiligen möchten, von der Verwaltung dabei unterstützt.

Um Kinder für gesundes Essen und Naturschutz zu sensibilisieren, haben wir erfolgreich die Einrichtung von Schulgärten, sowie mehr Umweltbildung beantragt.

Gemeinsam lernen – Inklusion und Integration gilt für alle Kinder

Wir Grüne haben im Gemeinderat mehrere Initiativen für die Umsetzung von Inklusion und



Integration gestartet. Neben der notwendigen Barrierefreiheit der Gebäude soll ein pädagogisches Gesamtkonzept für wohnortnahe Inklusion entwickelt werden. Wir haben erreicht, dass bis 2018 eine umfassende Bestandsaufnahme aller Schulen vorliegen wird, um dann schrittweise die Barrierefreiheit herzustellen.

Kinder mit Fluchterfahrungen brauchen intensive Förderung. Wir haben beantragt, dass die Internationalen Vorbereitungsklassen (VKL) an allen weiterführenden Schularten – also nicht nur an Werkrealschulen – eingerichtet werden. Erstes positives Beispiel ist das Otto-Hahn-Gymnasium, das in enger Kooperation mit der Schillerschule erfolgreich eine Vorbereitungsklasse integriert hat.

Statt neuer Realschule zweizügige Gemeinschaftsschulen erweitern

Mit den Gemeinschaftsschulen hat Karlsruhe ein weiteres hochwertiges Schulangebot eingerichtet, das noch weiter ausgebaut werden soll. Damit diese integrativen Schulen attraktiv bleiben, müssen sie jedoch ausreichend groß sein, um vielfältige Angebote machen zu können. Dem Vorschlag der Verwaltung, eine weitere kleine Realschule einzurichten, haben wir daher einen Prüfauftrag entgegen gesetzt. Wir konnten erreichen, dass die

Stadt zunächst prüfen wird, welche der zweizügigen Gemeinschaftsschulen und ggf. Realschulen zur Dreizügigkeit ausgebaut werden können.

Das GRÜNE Ziel: Abitur an einer Gemeinschaftsschule ermöglichen

Wir wollen einen kommunalen Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule erreichen sowie Inklusion und Integration gut voranbringen. Notwendig ist außerdem eine Lösung für den bestehenden Mangel an Schulsporthallen.



Renate Rastätter



Ekkehard Hodapp



SPORT – EIN WICHTIGER BAUSTEIN UNSERES ZUSAMMENLEBENS

Wir Grüne wollen Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern. Wir unterstützen die Sportvereine mit ihren vielfältigen Angeboten und deren Kooperationen mit Schulen und Kitas. Auch die offen zugänglichen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in unserer Stadt wollen wir weiter ausbauen. Besonderen Wert legen wir auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen: Sport wirkt präventiv, integrativ und ist ein wesentlicher Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe.

Sportmotorische Fähigkeiten von Vor- und Grundschulkindern fördern

Die Sportvereine stellen immer häufiger fest, dass viele Kinder im Vor- und Grundschulalter erschreckende motorische Defizite aufweisen. Dem wollen und müssen wir entgegenwirken. Daher haben wir Grüne einen interfraktionellen Antrag initiiert, damit die Stadt Strategien für eine Verbesserung der motorischen Fähigkeiten

von Kindern erarbeitet. Auf Grundlage dieses Antrages wurde das Institut für Sport und Sportwissenschaften am KIT beauftragt, im Herbst 2017 ein Sportforum mit allen relevanten Akteuren unserer Stadt zu veranstalten. Dabei ging es um die gezielte sportmotorische Förderung von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter. Die dort zu erarbeitenden Maßnahmen werden zur gesunden und nachhaltigen Entwicklung der Karlsruher Kinder beitragen.

Schulsport fördern – Sporthallenkapazitäten prüfen und entwickeln

Schulsport ist wichtig, für die Gesundheit der Kinder und als Basis für lebenslanges Sporttreiben. Für den Schulsport brauchen wir ausreichend Sporthallen. Wir Grüne haben daher im März 2017 eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet, ob die Hallenkapazitäten für die regulären Sportstunden und die zusätzliche Angebote, z. B. für den Ganzttag, heute und in Zukunft ausreichen. Da sich die Schullandschaft in den letzten Jahren stark verändert hat und wir wollen, dass die Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen ausgebaut werden, muss die Verwaltung hier perspektivisch denken und planen. Die Verwaltung hat sich dieser Initiative angenommen und ermittelt aktuell die Bedarfe. Klar ist, dass Hallenkapazitäten fehlen. Daher setzen wir Grüne uns dafür ein, dass in Karlsruhe mindestens eine weitere Dreifeldhalle gebaut wird. Diese muss so konzipiert werden, dass sie neben dem Schulsport auch Perspektiven für den Vereins- und Leistungssport bietet.

Wildpark-Stadion sanieren – kein öffentlich finanzierter Neubau für den Profisport

Wir sind bereit, Infrastruktur auch für den Profisport mit städtischen Mitteln zu unterstützen, wo es notwendig und sinnvoll ist. Wenn allerdings, wie im Falle des Stadion-Neubaus für den KSC, Ausgaben in dreistelliger Millionenhöhe auf die Stadt und damit ihre Bürger*innen zukommen, treten wir auf die Bremse. Daher haben wir im Mai 2017 einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, den Neubau des Wildparkstadions auf das Notwendige zu reduzieren. Leider haben wir dafür keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden. Wir werden den Stadionneubau mit kritischem Blick auf die Ausgaben weiter begleiten.

Das GRÜNE Ziel: Karlsruhe soll Sportstadt bleiben

Wir Grüne wollen, dass Karlsruhe eine Sportstadt bleibt. Der Spitzensport trägt mit seiner öffentlichen Wirkung weit über die Stadtgrenzen hinaus wesentlich zu diesem Bild bei.

Wir haben derzeit mit PSK, KIT-Gequos, SSC und SVK-Beiertheim erfolgreiche Zweit- und Drittligateams in Basketball und Volleyball in der Stadt. Auch diesen wollen wir Grüne adäquate Unterstützung und Sportstätten bieten. Daher halten wir es für dringend notwendig, dass die Hängepartie um die Europahalle ein schnelles Ende findet.

Wir setzen uns dafür ein, dass baldmöglichst entweder die Europahalle in vertretbarem Kostenrahmen ertüchtigt oder ein Hallenneubau mit entsprechenden Zuschauerkapazitäten errichtet wird.



Ekkehard Hodapp



Renate Rastätter

GRÜNE SOZIALPOLITIK: TEILHABE ERMÖGLICHEN

Wir wollen eine solidarische Stadt, in der niemand zurückbleibt und alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Benachteiligte oder ausgegrenzte Menschen müssen in das soziale und kulturelle Leben dieser Stadt eingebunden werden.

Finanziell Bedürftige im Alltag konkret unterstützen

Wer jeden Cent zweimal umdrehen muss, bevor er ausgegeben werden kann, hat im Alltag viel mehr Stress als wirtschaftlich besser gestellte Mitbürger*innen und kann am sozialen und kulturellen Leben nur eingeschränkt teilnehmen. Unsere Fraktion setzt sich daher für Maßnahmen ein, die im Alltag konkret wirken und entlasten. Der Karlsruher Pass und der Kinderpass sind wirksame Instrumente zur Armutsbekämpfung. Wir haben daher im Juli 2016 beantragt, die Leistungen des Karlsruher Passes in der laufenden Haushaltskonsolidierung nur geringfügig zu verringern. Die Bäder-Saisonkarte für Kinder z.B. kostet jetzt fast 19 €; deutlich mehr als die 10 €, die wir beantragten. Um Stromsperrern zu vermeiden - die für die Betroffenen mit gravierenden Folgen einhergehen,



wie: kein Licht, kein warmes Wasser, keine Heizung - wurde auf Grüne Initiative im Jahr 2016 ein Frühwarnsystem eingerichtet. Damit werden Stadtwerke-Kund*innen, die in Zahlungsverzug geraten sind, aktiv beraten. Sie können so gemeinsam mit Jobcenter und Sozialamt nach Wegen suchen, wie sie ihre ausstehenden Rechnungen begleichen und zukünftig möglichst ihren Stromverbrauch verringern.

Sozialplanung für Menschen in Prostitution

Menschen, die in der Prostitution arbeiten, leben aus vielen Gründen oft in schwierigen Situationen - und viele von ihnen haben in ihren Herkunftsländern mit öffentlichen Institutionen schlechte Erfahrungen gemacht.

Als erste Gemeinderatsfraktion hatten wir schon im Jahr 2012 vorgeschlagen, dass zum Thema Prostitution ein umfassendes Konzept mit präventiven Maßnahmen und niederschweligen Ausstiegshilfen entwickelt wird. Damals erachteten Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit dies noch nicht für notwendig.

Auf längere Sicht waren wir erfolgreich: Seit Sommer 2014 setzt die städtisch geförderte Beratungsstelle der Diakonie genau das um.

Bericht zu den Lebenslagen von Zugewanderten im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

In den letzten Jahren sind zunehmend Menschen im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Karlsruhe zugewandert. Wie gut leben sie in Karlsruhe?



Der von uns im Jahr 2015 beantragte Bericht soll einen Überblick über die Entwicklungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen geben, wie z.B. Wohnsituation, Gesundheitsversorgung und Bildung. Dadurch sollen Handlungsbedarfe rechtzeitig erkannt und die notwendigen Weichenstellungen vorbereitet werden. Dieser Bericht wurde im Sozialausschuss vorgestellt und wird zum Thema Wohnen fortgeschrieben.

Bessere Unterstützung für bedürftige Alleinerziehende und ihre Kinder

In Karlsruhe wachsen seit Jahren mehr als 5.000 Kinder in Haushalten auf, die als arm zu bezeichnen sind. Besonders betroffen ist die Gruppe der Alleinerziehenden. In Karlsruhe sind rund 2.000 dieser Haushalte auf Unterstützung angewiesen. Unser Ziel ist es, die Anzahl der bedürftigen Alleinerziehenden zu senken. Aufgrund eines Antrags der Grünen Fraktion wird die Verwaltung die Lebenslagen von bedürftigen Alleinerziehenden und ihren Kindern in den Armutsbericht der Stadt Karlsruhe aufnehmen. Er wird im Jahr 2018 fortgeschrieben und dann dem Sozialausschuss vorgelegt, sodass Handlungsideen erarbeitet werden können.

Das GRÜNE Ziel: Karlsruhe als solidarische Stadt

Wir setzen uns weiterhin für bedarfsgerechte Wohnmöglichkeiten für alle ein, denn Wohnungsnot ist zu einem zentralen Armutsrisiko geworden.

Wir wollen die Leitlinien gegen Kinderarmut konsequent umsetzen.

Wichtig ist uns, für eine ausreichende Zahl an Pflegeplätzen zu sorgen und moderne Modelle in der Pflege, wie z.B. Pflegewohngemeinschaften zu erarbeiten.

Soziale Handlungsbedarfe müssen rechtzeitig erkannt und die notwendigen Weichenstellungen daraus abgeleitet werden. Auf diese Weise wollen wir die Sozialpolitik der Stadt Karlsruhe deutlich Grün prägen.



Michael Bornef



Verena Anlauf



GRÜNE FÖRDERN FAIRE ARBEIT

Wir wollen „gute Arbeit“ für alle gestalten und Armut und soziale Ausgrenzung überwinden. So können alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Zu „guter Arbeit“ gehören faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine zuverlässige soziale Absicherung.

Mehr Arbeit für Menschen mit Behinderungen in städtischen Gesellschaften

Im März 2009 trat in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Damit war ein Meilenstein erreicht. Nun galt es, die Konvention in der Praxis umzusetzen. Das betrifft auch Artikel 27 Recht auf Arbeit und Beschäftigung: Behinderung darf kein Grund sein, von Arbeit ausgeschlossen zu werden. Leider erfüllen bis heute einige städtische Gesellschaften noch nicht die gesetzliche Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Arbeitnehmer*innen.

Auf Initiative der Grünen beschloss der Gemeinderat, dass diese Gesellschaften hierfür unternehmensspezifische Konzepte erarbeiten sollen. Die Umsetzung des Beschlusses verläuft bisher zäh; wir bleiben am Thema dran!

Gute Arbeit – zukunftsfähige Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung Karlsruhe sollte als große regionale Arbeitgeberin vorbildlich agieren, auch im Hinblick auf Befristungen von Stellen oder Leiharbeit. Wir Grüne wollen, dass bei der Stadt und ihren Gesellschaften möglichst wenige

Mitarbeitende nur in „irregulären Beschäftigungsverhältnissen“ angestellt sind. Mittels Anfrage haben wir zunächst offen gelegt, wie viele Menschen befristet angestellt sind oder als „outsourcetes“ Personal Lohneinbußen tragen.

Als wichtigen Schritt zur „guten Arbeit“ haben wir beantragt, dass Leiharbeiter*innen bei der Stadt genau so viel verdienen wie fest angestellte Tarif-Mitarbeiter*innen bei gleichen Tätigkeiten. Wenn die Stadt ihre notwendige Flexibilität nicht anders als mit Leiharbeit erreichen kann, soll dies nicht auf Kosten der betreffenden Arbeitnehmer*innen gehen.

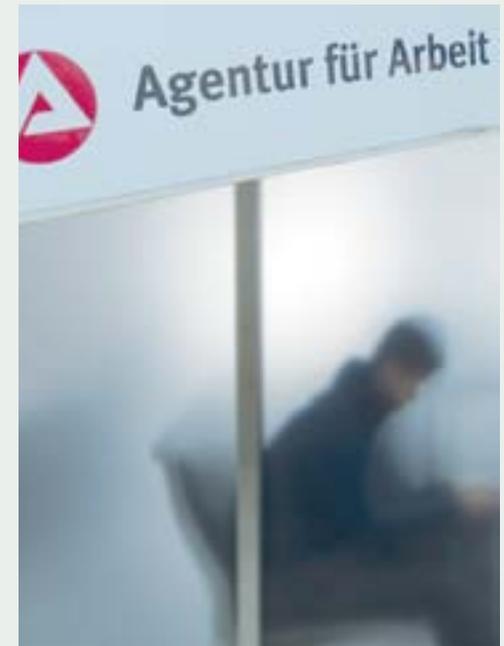
Erweiterung der Karlsruher Erstwohnsitzkampagne auf Auszubildende

Seit Jahren läuft die Karlsruher Erstwohnsitzkampagne für Studierende sehr erfolgreich. Auf Grünen Antrag profitieren nun auch Auszubildende und Berufsfachschüler*innen von den Vorteilen der Erstwohnsitzkampagne, wenn sie ihren Erstwohnsitz nach Karlsruhe verlegen.

Unser Antrag wurde von der Verwaltung und den anderen Fraktionen einhellig befürwortet und so werden zukünftig auch junge Menschen, die einer Ausbildung wegen nach Karlsruhe kommen, als willkommene Neubürger*innen begrüßt.

Mehr Einfluss auf das Jobcenter Karlsruhe

Karlsruhe hat mit den Arbeitsförderungsbetrieben (AFB), dem Gesamtkonzept Arbeit und den städtischen Sozialberatungsstellen den lokalen dritten Arbeitsmarkt bereits wirksam gestärkt. Aufgrund eines Grünen Antrags werden künftig im Aufsichtsrat der Arbeitsförderungsbetriebe Vorschläge zur Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und -maßnahmen erarbeitet. Anschließend werden diese über die Vertretung der Stadt Karlsruhe in den Beirat des Jobcenters eingebracht. So können kommunale Ziele, wie Alphabetisierungskurse, als neue Handlungsfelder benannt werden. Ob eine Einflussnahme auf die mittelfristige strategische Ausrichtung des Jobcenters möglich ist, so eine weitere Grüne Forderung, wird geprüft.



Das GRÜNE Ziel: Teilhabe durch Arbeit ermöglichen

In Karlsruhe sollen alle Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe bei ansässigen Unternehmen dafür wirbt, dass dort Einfacharbeitsplätze eingerichtet werden.

Falls für diese Beschäftigungsverhältnisse ein Betreuungs- bzw. Qualifizierungsbedarf besteht, so sollen die Beschäftigten durch soziale Einrichtungen, das Jobcenter oder direkt bei einem Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes unterstützt werden.



Joshua Konrad



Michael Bornet

GRÜNE STÄRKEN WIRTSCHAFT: REGIONAL, NACHHALTIG UND ZUKUNFTSFÄHIG

Karlsruhe braucht eine starke Wirtschaft. Wir Grüne achten dabei auf einen Dreiklang, der gute Arbeitsplätze, Umweltfreundlichkeit und auch die wichtigen Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt umfasst. Für uns Grüne zählt, dass Wirtschaft nachhaltig gefördert wird. Deshalb haben wir besonders dezentrale Strukturen wie den lokalen Einzelhandel und das Handwerk im Blick.

Share Economy – teilen statt besitzen

„Teilen statt besitzen“ ist der Leitgedanke der Share Economy. Erfolgreiche Konzepte wie das Carsharing-Modell Stadtmobil bereichern schon jetzt das alltägliche Leben in unserer Stadt und schonen dabei Ressourcen.

Mit einem Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, auch die Vorteile anderer Sharing-Ansätze für Karlsruhe zu nutzen und Existenzgründer*innen in diesem Bereich zu stärken. Dabei geht es zum Beispiel um das Teilen von Gartenflächen oder Verkaufsflächen. Die Stadtverwaltung hat zugesagt, Sharing-Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Kommunale Daseinsvorsorge bewahren

TTIP, CETA, TiSA: Derzeit werden auf europäischer Ebene zahlreiche Freihandelsabkommen verhandelt – ohne Kenntnis und Hinzuziehung von Betroffenen. Diese Abkommen werden sich auch auf die kommunale Daseinsvorsorge auswirken, denn danach müsste zum Beispiel die Versorgung der Haushalte mit Wasser frei ausgeschrieben werden. Das könnte aber verheerende Folgen auf die Preise für Trinkwasser haben.

Uns Grünen ist daher wichtig, dass diejenigen Bereiche, in denen Kommunen nicht gewinnorientiert tätig sind, auch weiterhin nach der bestehenden EU-Vergabeordnung vergeben werden können. Mit einem interfraktionellen Antrag konnten wir erreichen, dass die Stadt Karlsruhe die europaweite Barcelona-Erklärung gegen die intransparenten Verhandlungen des europäischen Freihandels unterstützt.

Mit Briefen an die Bundes- und Landesregierung wurde Karlsruhe bereits gegen intransparenten Freihandel aktiv.

Für ein starkes Handwerk in Karlsruhe

Die Technologieregion Karlsruhe ist in hohem Maße auf funktionierende regionale Handwerksstrukturen angewiesen. Nur durch ein starkes regionales Handwerksangebot können die strategischen Anliegen der Stadt Karlsruhe umgesetzt



werden, wie Energieeffizienz, Ressourceneinsparungen oder Anpassung von städtischen Lebensräumen an den demografischen Wandel.

In einer Anfrage haben wir thematisiert, wie erfolgreiche Konzepte anderer Großstädte dazu genutzt werden können, das regionale Handwerk weiterzuentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass das Handwerk in Karlsruhe bei den zentralen Herausforderungen, wie digitaler Wandel, Fachkräftemangel sowie Modernisierung und Neugründung mit strategischem Weitblick unterstützt wird.

Gemeinwohlgemeinde Karlsruhe

Die Wirtschaft sollte sich stets um das Gemeinwohl – das Wohl von Mitarbeiter*innen, Bürger*innen und der Umwelt – bemühen. Den städtischen Gesellschaften kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

Daher haben wir beantragt, dass Karlsruhe die Entwicklung zur „Gemeinwohlgemeinde“ prüft.

Dafür sollen ausgewählte städtische Gesellschaften eine Gemeinwohlbilanz erstellen, anhand derer die Auswirkungen des Handelns eines Betriebes auf Aspekte wie Ökologie, Soziales, Transparenz und Menschenwürde aufgezeigt werden.

Leider konnten wir keine Gemeinderatsmehrheit für unseren Vorschlag erzielen. In Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen arbeiten wir nun an einer sozialen und ökologischen Fortentwicklung der städtischen Beschaffungs- und Vergabepraxis.

Das GRÜNE Ziel: Netzwerke für nachhaltige Wirtschaft stärken

Auch in Zukunft wollen wir uns in Karlsruhe für nachhaltige, sozial gerechte und dezentrale Wirtschaftsstrukturen einsetzen. Die Expertise von Gewerkschaften und anderen Wirtschaftsakteur*innen sollte unsere Stadt stärker nutzen.

Wir fordern deshalb, Vertreter*innen der beiden großen Kammern und des DGB im Wirtschaftsförderungsausschuss als beratende Mitglieder einzubeziehen. Auch im Rahmen der Neustrukturierung der Technologieregion möchten wir mehr Mitbestimmung für Gewerkschaften und kommunale Gremien erreichen.



GRÜNE KULTURPOLITIK: KULTUR FÜR ALLE

Kunst und Kultur sehen wir als wichtige Impulsgeberinnen für Veränderungen und für die Reflexion unseres Wertesystems.

Wir Grüne wollen die kulturelle Infrastruktur in Karlsruhe mit Theatern, Festivals, Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturelle Zentren, Bibliotheken und anderen kulturellen Initiativen, Vereinen und Einrichtungen nachhaltig weiterentwickeln. Unser Ziel ist „Kultur für alle“, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Bildung.

Neubau für Stadtteilbibliothek und Bürgerzentrum in Mühlburg

Seit vielen Jahren setzt sich die Grüne Fraktion dafür ein, dass in Mühlburg eine gemeinsame Einrichtung aus Stadtteilbibliothek und Bürgerzentrum entsteht. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung stand das Projekt 2016 erneut auf der Kippe, aber unser beharrlicher Einsatz wurde letzten Endes belohnt. Anfang 2017 beschloss der Gemeinderat den Bebauungsplan für diesen Neubau.

Durch den gemeinsamen Standort von Bürgerzentrum und Bibliothek wird ein Ort der Begegnungen entstehen, der das soziale Miteinander in Mühlburg fördern wird.



Kommentierung von Karlsruher Kriegs- oder Kriegerdenkmälern, die demokratischen Wertvorstellungen nicht entsprechen

In Karlsruhe befinden sich zahlreiche historische Kriegsdenkmäler. Viele dieser Exponate früherer Gedenkkultur folgten einem militaristischen und undemokratischen Weltbild. Mehrere Kriegsdenkmäler glorifizieren nachträglich den Tod der Kriegsoffer und geben ihm dadurch scheinbar einen „Sinn“. Die damit einhergehende Verharmlosung und Idealisierung von Kriegen wollen wir nicht hinnehmen.

Die Grüne Fraktion hat daher beantragt, dass diese Karlsruher Kriegsdenkmäler durch Informationstafeln oder auf künstlerische Weise kommentiert werden. Somit erhalten die Betrachter*innen der Denkmäler zukünftig historische Hintergrundinformationen und Anregungen zur kritischen Auseinandersetzung.

Kostenfreie Online-Dienste der Stadtbibliothek

In der Stadtbibliothek Karlsruhe werden pro Jahr über 1,7 Mio. Medien ausgeliehen. Durch eine Grüne Initiative wurde die Benutzerordnung für diesen riesigen Verleihservice kundenfreundlicher gestaltet.

Wir haben erreicht, dass die Bearbeitungsgebühr für vorbestellte Medien entfällt, wenn man per E-Mail über das Bereitliegen des Mediums informiert wird. Außerdem werden die Nutzer*innen jetzt per E-Mail kostenfrei über den baldigen Ablauf der Ausleihfrist informiert und können so



ihre Medien leichter rechtzeitig verlängern oder zurück geben. Das spart unseren Bürger*innen Zeit und Geld.

Umgestaltung der ehemaligen Dragonerkaserne für das KONS

Das Badische Konservatorium (KONS) leidet schon lange unter beengten und unzumutbaren Verhältnissen. Die Suche nach neuen Räumen hat zum Teil zu absurden Ideen geführt, wie die Umgestaltung der Gartenhalle in eine Haus-in-Haus Musikschule – die glücklicherweise abgelehrt werden konnten.

Die nun verwirklichte Lösung entstand durch einen Antrag der Grünen Fraktion: Erwerb der ehemaligen Dragonerkaserne und Prüfung ihrer Tauglichkeit für das KONS. Die ehemals vom Bundesmusikkorps genutzten Räume erwiesen sich als nahezu ideal für die Bedarfe des KONS. Die Planungen für die passgenaue Umgestaltung der Dragonerkaserne zur neuen Wirkungsstätte des KONS sind in vollem Gang, ein Umzug ist für Ende 2018 geplant.

Das GRÜNE Ziel: Kulturelle Vielfalt, künstlerische Wettbewerbe

Kultur benötigt Räume. Aber gerade neue kulturelle Initiativen haben es schwer, Räume zu finden. Die Schaffung neuer Kulturräume wird daher auch zukünftig ein wesentliches Anliegen Grüner Kulturpolitik sein, um die Kulturlandschaft Karlsruhes durch weitere kulturelle Initiativen und Projekte zu bereichern.

Kunst im öffentlichen Raum ist grundsätzlich „Kultur für alle“. Wir werden uns hier weiterhin für Kunstwettbewerbe und Juries einsetzen, damit über die künstlerische Gestaltung des öffentlichen Raums auf transparente und demokratische Weise entschieden wird.



Dr. Ute Leidig



Renate Rastätter



KARLSRUHER GRÜNE: FÜR DIE MENSCHEN, MIT DEN MENSCHEN

Alle hier lebenden Menschen sind uns willkommen und sollen sich in Karlsruhe wohl fühlen, egal ob alt oder jung, ob Mann oder Frau, ob hier geboren oder zugezogen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Entwicklung von Karlsruhe allen zu Gute kommt, dass die städtischen Mittel gerecht verwendet werden und dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihren Vorstellungen entsprechend zu leben.

In jedem Alter in Karlsruhe gut leben

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Um deren Anliegen an die Stadt zu verstehen, nehmen Grüne Vertreter*innen regelmäßig an den städtischen Jugendkonferenzen teil und setzen sich für die dort diskutierten Interessen ein. Durch interfraktionelle Initiativen wird aktuell eine großzügigere Öffnungsregelung für

Schulhöfe geprüft, damit Kinder und Jugendliche mehr Bewegungsräume haben. Außerdem wurde erreicht, dass mehr Flächen für Street Art und Graffitis freigegeben werden. Mit Erfolg haben wir Grüne uns dafür stark gemacht, dass KiX, das Kulturfestival für Kinder, trotz Haushaltskonsolidierung weiter stattfindet.

Mit dem Alter ändern sich die Anforderungen an die Lebensumwelt. Darauf muss verstärkt

Rücksicht genommen werden. Durch die Einrichtung von ambulant betreuten Pflegewohngruppen wollen wir Senior*innen eine individuellere Lebensführung ermöglichen. Auch die „kleinen Dinge“ haben wir im Blick: Um dem Bedarf nach Ruhepausen nachzukommen, haben wir mehr seniorengerechte Sitzgelegenheiten im Freien beantragt.

Mehr Frauen nach vorne

Frauen sollen die gleichen Möglichkeiten haben wie Männer, beruflich Karriere zu machen. Während in der Stadtverwaltung selbst immer mehr Frauen Führungsaufgaben übernehmen, sieht dies in den städtischen Gesellschaften leider anders aus.

Um den Anteil von Frauen in den Führungsebenen zu erhöhen, müssen konkrete Frauenfördermaßnahmen entwickelt werden. Auf einen Grünen Antrag hin hat die Verwaltung Maßnahmenkataloge erstellt –ein erster Erfolg. Jetzt werden wir ein Auge auf die konkrete Umsetzung haben.

Mehr interkulturelle Kompetenz in der Stadtverwaltung

Die interkulturelle Kompetenz städtischer Mitarbeiter*innen ist eine wichtige Schlüsselqualifikation, um den Anliegen aller in Karlsruhe lebenden und arbeitenden Menschen mit ihren unterschiedlichen Hintergründen gerecht zu werden. Die Grüne Fraktion hat daher beantragt, die interkulturelle Kompetenz in der Stadtverwaltung systematisch zu erhöhen, durch Stellenausschreibung, Personalauswahl, Weiterbildung und Beförderung. Nachdem die Verwaltung zunächst sehr verhalten



auf unseren Antrag reagierte, wurden nach und nach die von uns geforderten Maßnahmen umgesetzt. Dies fördert den wertschätzenden Umgang der Stadtverwaltung mit allen Bürger*innen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Willkommenskultur und Integration.

Beteiligung und Engagement von Bürger*innen stärken

Wir Grüne wollen Bürger*innen bei Entscheidungen einbeziehen. Daher hatten wir beantragt, dass für die Überplanung des Botanischen Gartens des KIT am Adenauerring eine Bürgerbeteiligung mittels Konsensuskonferenz durchgeführt wird. Nachdem sich die Rahmenbedingungen für diese Überplanung grundlegend verändert haben, werden wir uns erneut für eine umfassendere Bürgerbeteiligung einsetzen.

Bürgerzentren in den Stadtteilen ermöglichen Austausch und stärken das Miteinander. Daher haben wir uns dafür stark gemacht, dass in Mühlburg ein neues Bürgerzentrum entsteht. Auch für das Bürgerzentrum der Nordweststadt wurde erreicht, dass die Suche nach einem zentralen Standort am Ende erfolgreich war.

Das GRÜNE Ziel: Generationengerechtes Handeln

Aus Grüner Sicht bedeutet eine nachhaltige Kommunalpolitik, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die nach uns kommen. Wir müssen ihre Lebensgrundlagen, Natur und Umwelt erhalten und ihnen eine solide Finanzlage übergeben. So finden auch nachfolgende Generationen gute Lebensbedingungen vor und können die Stadt nach ihren Vorstellungen gestalten.



KARLSRUHE GRÜNER MACHEN: GEMEINSAM FÜR EINE LEBENSWERTE STADT



v.l.n.r.: Michael Borner, Joshua Konrad, Renate Rastätter, Zoe Mayer,
Johannes Honné, Dr. Ute Leidig, Ekkehard Hodapp, Verena Anlauf, Istvan Pinter

E-Mail Service:

Sie möchten gerne tagesaktuell über unsere Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen informiert werden?

Dann senden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse an gruene@fraktion.karlsruhe.de

Sämtliche Informationen finden Sie natürlich auch auf unserer Webseite www.gruene-fraktion-ka.de.

Ihr direkter Kontakt zu uns:

Karin Wolff, Fraktionsgeschäftsführerin

-  Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
-  0721/ 291 55
-  facebook.com/gruene.fraktion.karlsruhe
-  www.gruene-fraktion-ka.de
-  RSS-Feed auf www.gruene-fraktion-ka.de
-  gruene@fraktion.karlsruhe.de

Wir freuen uns über Ihre Anregungen zu politischen Themen in Karlsruhe.

Aktuelles aus dem Gemeinderat:

Vorlagen, Stellungnahmen, Abstimmungsergebnisse und Protokolle finden Sie online:

www.karlsruhe.de / [Stadt und Verwaltung](#) / [Gemeinderat](#)

Live-Ticker:

Über einen Live-Ticker können Sie während der Gemeinderatssitzungen die Beratungsergebnisse mitverfolgen:

www.karlsruhe.de / [Stadt und Verwaltung](#) / [Gemeinderat](#) / [Live aus dem Gemeinderat](#)